

Solidarität

von *Detlef Wetzel*

Zweiter Vorsitzender der IG Metall



Solidarität ist die Bereitschaft, über rechtliche Verpflichtungen hinaus für einander einzustehen. Solidarisches Verhalten ist keine Selbstverständlichkeit, sondern Werteorientierung und Einsicht, die über Kommunikation und Beteiligung geweckt und gestärkt werden muss. Der Sozialstaat ist institutionalisierte Solidarität.

Eine zeitgemäße Interpretation des Begriffs Solidarität setzt eine Betrachtung aktueller Entwicklungen unserer Solidargemeinschaft voraus. Dabei ist folgendes festzustellen:

Erstens: Solidarisches Verhalten als Werteorientierung beruht auf Einsicht, die über Kommunikation und Beteiligung organisiert werden muss. Das gelingt in homogenen Gesellschaften leichter. Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten immer stärker ausdifferenziert. Darum ist es heute schwieriger Solidarität zu organisieren als noch zu Beginn der Arbeiterbewegung.

Zweitens: Wenn Kommunikation die Einsicht zu solidarischem Verhalten ermöglicht, kann sie Solidarität auch vernichten. Das ist seit Beginn der 1980er Jahre bis ins neue Jahrtausend hinein geschehen. Im Ergebnis fand eine Erschütterung der Gesellschaft in ihren Grundfesten statt, die das Verständnis von Gerechtigkeit, Solidarität und der positiven Rolle des Staates unterminierte. Es ging um die „Entzauberung des Sozialstaats“, die „Entmachtung des Tarifikartells“, den „verlogenen sozialen Frieden“. Aus dem sozialen Netz wurde die „soziale Hängematte“. Statt von Arbeitslo-

sigkeit zu sprechen, machte der „kollektive Freizeitpark“ die Runde. Dechiffriert lautete die ausgegebene Botschaft: alle Macht den Märkten. Solidarität wurde kommunikativ zerstört, indem Soziales zum Kostenfaktor wurde, der betriebswirtschaftlich nur noch störte und Belegschaften und ganze Staaten mit dem Blick auf Lohnkosten gegeneinander ausspielte.

Drittens: Solidarität wurde aber nicht nur kommunikativ zerstört, sondern auch durch konkretes politisches Handeln. Der Arbeitsmarkt wurde dereguliert, Sozialleistungen abgebaut und der Sozialstaat ausgehöhlt. Dies blieb nicht folgenlos für die Solidarität. Mit dem Abbau solidarischer Werte ist etwas entstanden, was Soziologe Wilhelm Heitmeyer als „rohe Bürgerlichkeit“ bezeichnet. Sie zeigt sich für ihn in zunehmender gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit der höheren Einkommensklassen, in ihrer Verachtung „der da unten“, in ihrem Rückzug aus der Solidargemeinschaft und in ihrer Weigerung Schwachen Hilfe zu leisten – während sie sich selbst in der Opferrolle wähen und beklagen, dass sie es seien, die nicht das bekämen was ihnen zusteht. „Leistung muss sich wieder lohnen“. Eine Gesellschaft mit zunehmender Ungleichheit wird von dieser rohen Bürgerlichkeit regelrecht zersetzt. Solidarität kann sich auf diesem Nährboden kaum aufbauen.

Will man, dass Solidarität weiterhin eine tragende Säule unserer Gesellschaft ist, muss es gelingen sie unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen zu organisieren. Der IG

Metall ist das zum Beispiel bei der Leiharbeit gelungen. Um eine bessere Arbeitssituation für Beschäftigte in der Leiharbeit zu schaffen, mussten sich Stammbeschäftigte mit Leiharbeiterinnen und -arbeitern solidarisieren. Durch Beteiligung und Kommunikation ist es gelungen, beide Gruppen davon zu überzeugen, in einem Boot zu sitzen, das untergeht, wenn nicht gemeinsam gehandelt wird.

Zudem gilt es die institutionelle Solidarität zu stärken. Sicher entspricht der heutige Sozialstaat nicht den veränderten Bedingungen einer differenzierten Gesellschaft. Deshalb ist die Forderung nach Solidarität auch eine Aufforderung zur Entwicklung von Institutionenreformen, als Neuentwicklung einer politisch-kollektiven Form sozialer Sicherung – hin zu einem wirklichen aktivierenden Sozialstaat.

Solidarität in der Sozialen Demokratie

Soziale Demokratie gibt es nur wenn deren Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Gleichgewicht sind. Was passiert, wenn ein Wert missachtet wird, zeigt die Analyse der „rohen Bürgerlichkeit“. Gerechtigkeit ist weniger geworden, Solidarität gerät ins

Wanken. Darum muss Politik – zumal sozialdemokratische Politik – mehr Gerechtigkeit wagen: Menschen müssen beteiligt werden, damit sie den Weg in eine bessere Zukunft, in eine bessere soziale Marktwirtschaft und in einen wirklich gerechten und aktivierenden Sozialstaat mitgehen. Denn wenn wir heute in eine Phase eintreten, in der die Auswüchse der neoliberalen Ära mühsam repariert werden müssen, dann kann die Kraft dazu nur von denen ausgehen, die bislang mehr und mehr in die Ecke gedrängt worden sind, verbunden mit jenen, die um den Wert einer möglichst gerechten, solidarischen und nicht zu ungleichen Gesellschaft wissen. Das zu unterstützen ist die zentrale Aufgabe von Organisationen, die sich der sozialen Demokratie verbunden fühlen.

Weitere Beiträge und mehr Informationen zum Kongress finden Sie auf der Website:
www.werteundpolitik.de